

Hartz IV: Armut per Gesetz

WEG DAMIT !



Ganz schön hart(z)

Verelendungsgesetz

Mit Beginn des nächsten Jahres wird die soziale Spaltung in Deutschland abgrundtief. Per Hartz-IV-Gesetz werden zwei Millionen Menschen zusätzlich zur Armut verurteilt, mit ihren Familien sind es fast vier Millionen. Die Kinderarmut wird dramatisch zunehmen, schätzen die Wohlfahrtsverbände.

Gleichzeitig macht der Staat die Spitzenverdiener um etwa 4 Milliarden Euro reicher. Diesen Betrag kostet die erneute Absenkung des Spitzensteuersatzes um weitere drei Prozentpunkte auf dann 42 Prozent. Allein dadurch spart ein Einkommensmillionär fast 31.000 Euro an Steuern im Jahr (einschließlich Soli-Zuschlag). Ein Bezieher von "Arbeitslosengeld II" – schon der Name ist Augenschere, richtiger wäre "Sozialhilfe II" – aber kann sehen, wie er bei 4.140 Euro im Jahr (12 mal Regelsatz von 345 Euro) nicht verhungert. Und die Verarmungsspirale wird rasend beschleunigt. Von Lebensplanung keine Spur mehr. Ein Facharbeiter, Ingenieur, Softwareentwickler, ..., der heute noch in Brot und Arbeit steht, ein gutes Ein- und Auskommen hat, kann sich mit seiner Familie binnen eines Jahres im Heer der Armen und Ausgestoßenen wiederfinden. Sein Traum vom eigenen Häuschen oder Eigentumswohnung wird zum Albtraum, wenn er es noch nicht abbezahlt hat. Der Staat übernimmt höchstens die Zinsen, aber nicht die Tilgung. Also muss er es verscherbeln. Erst wenn sein Kleinvermögen (Sparkonto, Sparvertrag, Schmuck, Erbstücke, Auto, Briefmarkensammlung ...), wofür er jahrzehntelang gearbeitet und gespart hat, bis auf eine minimale Schongrenze (200 Euro pro Lebensjahr) aufgebraucht ist, bekommt er überhaupt ein staatliches Almosen. Gleiches gilt für seine Lebensversicherung, die er zum Verlust bringenden Rückkaufswert veräußern muss, wenn die Freigrenze von ebenfalls 200 Euro pro Lebensjahr, maximal 13.000 Euro, über-

steigt. Zudem muss sich von der Politik, die unfähig ist, Arbeitsplätze zu schaffen, auch noch erhöhen lassen. Jahrelang wurden die Renten gekürzt, mit der Maßgabe, jeder solle selbst für Alter und Notfälle Vorsorge treffen. Jetzt, mit Eintritt des Notfalls nimmt der Staat den Betroffenen das Ersparte weg und verordnet zum Elend der Arbeitslosigkeit auch noch die materielle Not.

Anfang 2005 spart die Bundesregierung durch Hartz IV Milliarden bei den Langzeitarbeitslosen ein und steckt sie den Reichen durch neuerliche Senkung des Spitzensteuersatzes zu.

Die sozialreaktionäre Bundesregierung enteignet die Kleinen Leute, weil sie an das Milliardenvermögen der Großkopferten nicht ran will, sich nicht ran traut. Um fast 200 Milliarden Euro ist das private Geldvermögen im Krisenjahr 2003 gestiegen, meldet die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht. Eine Steigerung um über 5 Prozent, auf die astronomische Summe von 3.922 Milliarden (3,9 Billionen) Euro. Wie das Investmenthaus MerrillLynch in seinem jüngsten Welt-Reichtumsbericht ergänzend berichtet, gehören den 756.000 Euro-Millionären in Deutschland (nur Geldvermögen, wie Wertpapiere, Aktien, Barvermögen, etc.) 2.913 Milliarden US-Dollar. Das sind fast 70 Prozent des gesamten Geldvermögens in diesem Land, das der Geldadel – knapp ein Prozent der Bevölkerung – sein eigen nennt. Eine Vermögensteuer von nur einem Prozent, womit nur ein Bruchteil des jährlichen Vermögenszuwachses weggesteuert würde, brächte zusätzliche Steuereinnahmen von 29 Milliarden Dollar oder mehr als 25 Milliarden Euro. Doch die Bundesregierung nimmt das Geld den Arbeitslosen, um es unter den Reichen zu verteilen.

Gerechte Verteilung

Schröder (Neujahrsansprache):
"Wir bemühen uns, die Lasten heute gerecht zu verteilen, damit wir in Deutschland auch morgen noch gerecht verteilen können."

Gerecht ist,
die Reform-Lasten auf
möglichst viele Schultern
zu verteilen.



Machen wir doch! ..
Arbeitslose ... Rentner..
.. Kranke ... Sozialhilfe-
empfänger... Studenten
... Beamte ...
Angestellte im Öff. Dienst
... ..



Hartz IV: Neue Armut für Millionen

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger) zu "Arbeitslosengeld II" (Alg II). Regelung ab 1. Januar 2005

■ Langzeitarbeitslose: (1 Jahr und länger arbeitslos)

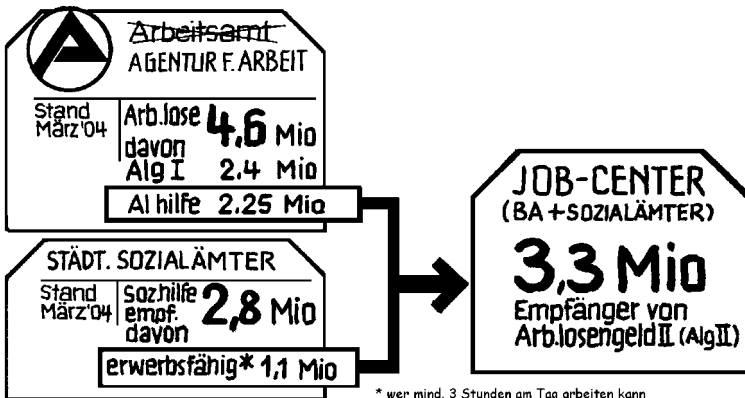


bisher:
Alg I bis zu 32 Monate, dann Arbeitslosenhilfe (53 % Nettoverdienst)

Neu-Regelung:
Alg I maximal 12 Monate (über 55-jährige: 18) dann Alg II (Pauschalen in Höhe der Sozialhilfe)

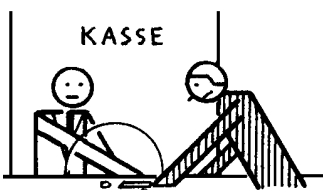
Folge:
Erwerbsfähige landen bereits nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe-Niveau (Armut)

■ Personenkreis: Alg II-Empfänger



Folge:
2,25 Millionen (mit Familien ca. 4 Mio. Menschen) bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten künftig bestenfalls Sozialhilfe: Zunahme von Armut und Kinderarmut

■ Leistungen: Regelsätze



Pauschalen				
	Allein-stehende/r	Lebens-partner	jedes Kind bis 14 J.	pro Kind 15-18 J.
West	345 EUR	311 EUR	207 EUR	276 EUR
Ost	331 EUR	298 EUR	199 EUR	265 EUR
Zuschläge in den ersten zwei Jahren (Maximalbeträge)				
1. . Jahr	160 EUR	160 EUR	60 EUR	60 EUR
2. Jahr	80 EUR	80 EUR	40 EUR	40 EUR
Zusätzliche Leistungen: Miete/Heizung (Regelung vor Ort); Beiträge z. gesetzl. Kranken-, Pflege- u. Rentenversicherung				

Folge:
75 % der bisherigen Bezieher von Alo-Hilfe erhalten ab 1.1. 2005 weniger oder gar keine öffentliche Unterstützung.

0,612 Mio. (27 %) keine
1,076 Mio. (48 %) geringere
0,197 Mio. (9 %) gleiche
0,364 Mio. (16 %) höhere
Leistungen; Quelle: BA/BMWi, Bundestag (15/1279)

■ Leistungsminderungen



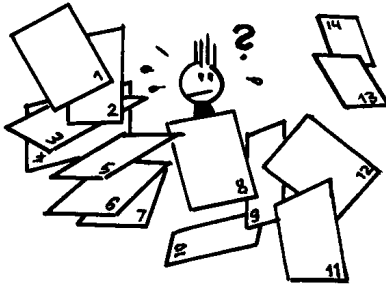
Lebenspartner: Einkommen und Vermögen des Lebenspartners, der im selben Haushalt wohnt, wird stärker mit der Hilfe verrechnet als heute.

Ersparnisse, Lebensversicherung, "Vermögen" und Altersvorsorge müssen vorher weitgehend – bis zu den Freigrenzen – aufgebraucht werden, bevor man Alg II erhält.

Folge:
Über 600.000 Menschen (mit Familien über 1 Million) erhalten dadurch überhaupt keine Unterstützung.

(Freigrenzen: Altersvorsorge: 200 Euro je Lebensjahr; "Vermögen": 200 Euro je Lebensjahr); Kinderfreibetrag: 4.100 Euro

■ **Prozedur:** Finanzieller Offenbarungseid

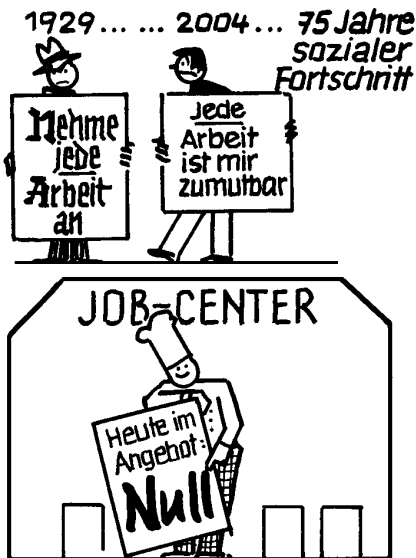


16-seitige Anträge (schwieriger als Steuererklärungen) sind genauestens auszufüllen. Abverlangt werden Details zur Privat- und Intimsphäre

Folgen:

- Entwürdigung ("So müssen sich die Arbeitslosen ausziehen", tz München)
- Bürokratie

■ **Zumutbarkeit:** (als "fördern und fordern" verkauft)



fordern: Jede legale Arbeit ist zumutbar – auch an anderem Ort und weit unter Tarif bzw. ortsüblicher Bezahlung. Schröder: "Es gibt kein Recht auf Faulheit. Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden".

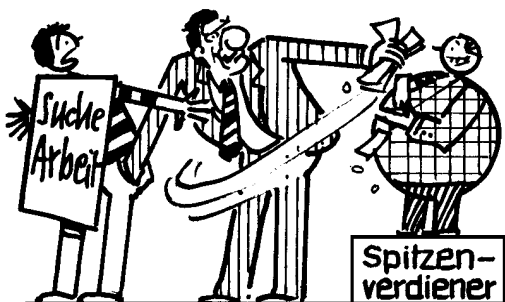
fördern: Angeblich Verbesserung des Service (weniger Arbeitslose pro Betreuer). Keine zusätzlichen Jobs.

Folgen:

- Vergeudung und Verlust von Qualifikationen
- Vergrößerung des Niedriglohnsektors ("Rutschbahneffekt")

Nützt nichts, wenn keine Stellen da sind.

■ **Staatliche Mittel**

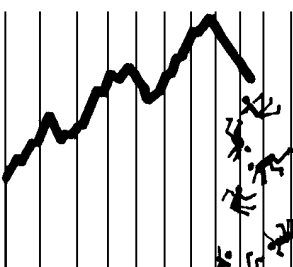


Im Jahr 2003 gab der Bund für 2,2 Millionen Arbeitslosenhilfe-Empfänger 17,6 Mrd. Euro aus. Für Alg II im Jahr 2005 sind 13 Mrd. Euro veranschlagt.

Folgen:

- Ein Viertel weniger Mittel – obwohl die Zahl der Bedürftigen um ein Drittel höher ist (zusätzlich 1 Mio. bisherige Sozialhilfeempfänger)
- Kaufkraftverlust

■ **Statistik:** Immer mehr fallen raus.

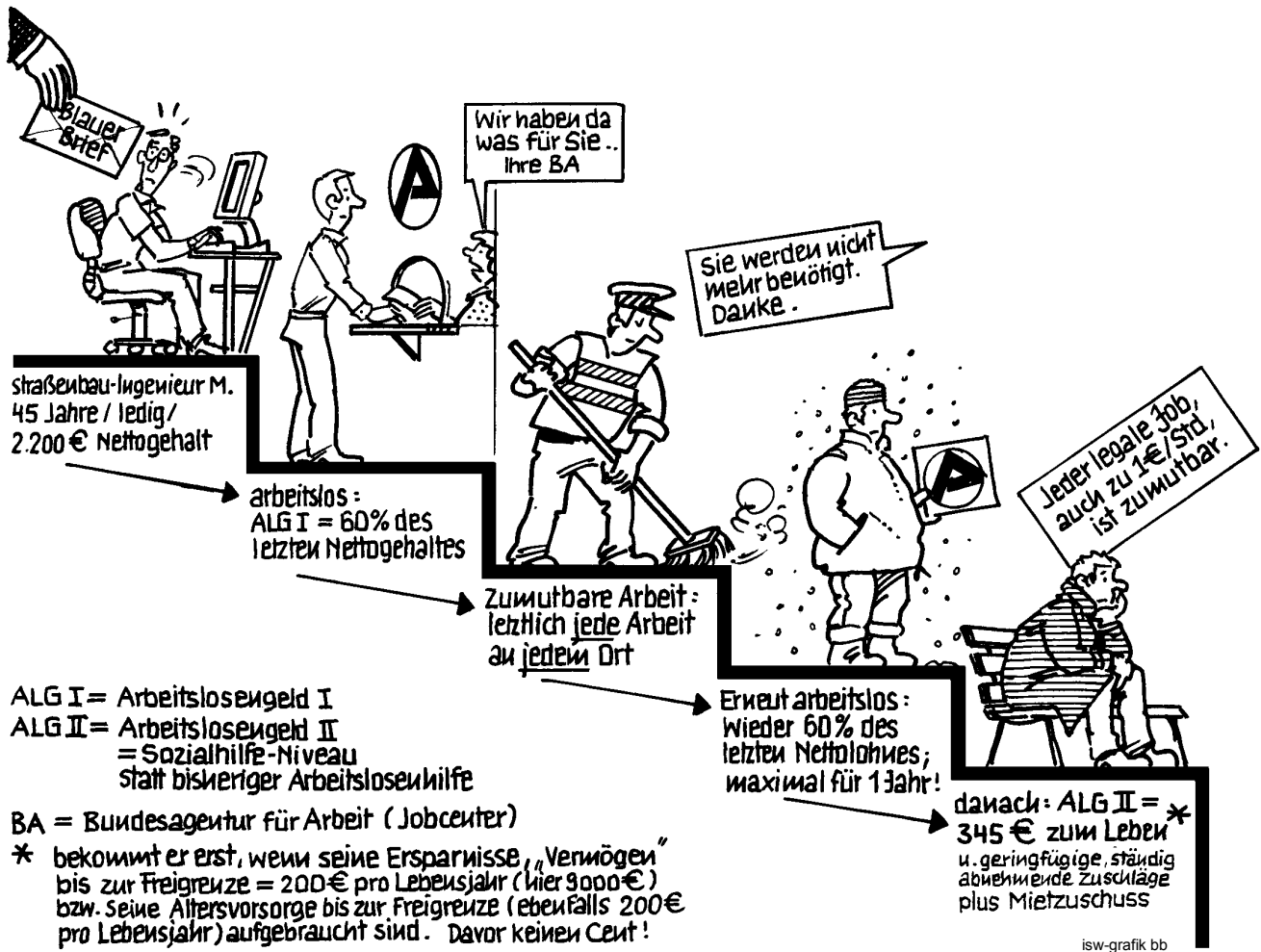


Rein statistisch wird die Zahl der Arbeitslosen sinken: Wer kein Geld bekommt und auch kein Jobangebot, meldet sich nicht mehr bei der "Arbeitsagentur"

Tatsache:

Durch die Verkürzung der Bezugsdauer beim Alg I (ab 1.1.05) auf maximal 12 Monate (18 bei über 55-jährigen) wird die Zahl der Langzeitarbeitslosen drastisch ansteigen.

Der schnelle Abstieg des Ingenieurs M.



Der tiefe Fall eines Speditionsangestellten

Ein Kollege, verheiratet, die Kinder bereits aus dem Haus, zuletzt beschäftigt bei einer Spedition im Raum München war bei der Rechtsberatung von ver.di München. Er hat 35 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt.

■ So lebten sie vor seiner Arbeitslosigkeit:		
Sein Brutto: 3.600	= netto:	2.361 Euro
Ihr Netto		1.021 Euro
zusammen:		3.382 Euro
■ Er wurde arbeitslos		
Arbeitslosengeld 60 %		1.417 Euro
zusammen hatten sie noch netto:		2.438 Euro
Dann bekam er Arbeitslosenhilfe. 53 % wären		1.251 Euro
Die Frau wird auf fiktive Arbeitslosenhilfe gesetzt, der Rest wird verrechnet. So bleiben:		918 Euro
zusammen verbleiben ihnen derzeit		1.939 Euro
■ Ab 1. Januar 2005 erhalten sie nach Hartz IV nur noch "Arbeitslosengeld II"		
Gemeinsamer "Anspruch"		656 Euro
"angemessene" Miete		567 Euro
Ihr Einkommen wird vollständig abgezogen		- 1.021 Euro
Verbleibt ALG II für ihn		202 Euro
Ab 1. Januar 2005 "dürfen" sie zusammen leben von:		
	ALG II für ihn	202 Euro
	der Nettoverdienst der Frau	1.021 Euro
		1.223 Euro

Ob sie ihre Mietkosten wirklich vollständig berechnet bekommen, ist fraglich. Zwei Personen stehen 60 qm zu, alles darüber muss untervermietet werden. Die Kommunen sind ermächtigt, die Miete generell nur bis zu einem Pauschalbetrag zu berücksichtigen.

Bevor die 202 Euro ausbezahlt werden, muss alles Ersparte über einem Freibetrag von 200 Euro pro Lebensjahr verbraucht werden, bei einem 50-jährigen also 10.000 Euro.

Bis dahin gibt es keinen Cent. In diesem Fall müssen die beiden auch ihre Sozialversicherungsbeiträge aus der eigenen Tasche zahlen.

Nach den verschärften Zumutbarkeitsregelungen müsste nun der Kollege ein Leiharbeits-Angebot bei der gleichen Spedition, die ihn zuvor entlassen hat, annehmen – zum, leider tariflich vereinbarten, Stundenlohn von 6,85 Euro, also ca. 1.200 Euro brutto. Das ist ein Drittel seines vorherigen Bruttos ...

(aus: ver.di-PSL-Bayern-Ticker)

Arbeitszwang ohne Arbeit

"Warum heißt Hartz IV so? – Weil ein Hartz allein nicht so viel Unheil anrichten kann wie vier" (Kabarettist Dieter Hildebrandt in seinem neuen Buch "Ausgebucht").

Vor zwei Jahren, am 16. August 2002, sprach VW-Vorstand Peter Hartz, begleitet von wohlgefälligem Grinsen des Kanzlers, vollmundig in die TV-Kameras: "So sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es machbar ist, zwei Millionen Arbeitslose in drei Jahren, beginnend mit heute elf Uhr, wieder in Arbeit zu bringen". Seither sind Hartz I, Hartz II und III ins Land gegangen, die Zahl der Arbeitslosen hat nicht ab, sondern um einige Hunderttausend zugenommen. Mit Hartz IV wird es nicht besser, kein einziger Job entsteht dadurch. Im Gegenteil. Zwei Millionen Menschen werden zusätzlich auf Armutsniveau gedrückt, mit entsprechenden Einkommensverlusten. Der Berliner Senat rechnet allein für Berlin mit einem Kaufkraftverlust von 300 Millionen Euro. Und mit den neuen Zumutbarkeitszwängen wird "Arbeit billig wie Dreck" (der Soziologe Afheldt). Von neuen Niedriglohnbereichen aber geht nicht gerade ein Nachfrage- und Aufschwungsimpuls aus.

Als "fordern und fördern" verkaufen Schröder und Clement die neuen Konter-Reformen. Arbeitsfördermaßnahmen aber streicht die Bundesagentur im Auftrag der Regierung rigoros zusammen, zusätzliche Gelder für arbeitsplatzschaffende kommunalen Infrastruktur-Programme gibt es keine, nicht einmal 5-Euro-Jobs sind nennenswert vorhanden. Auf eine offene Stelle kommen inzwischen mehr als zwanzig Arbeitslose, rechnet man die Stille Reserve hinzu.

Gefördert werden diejenigen, die massenhaft Arbeitsplätze vernichten. Der Arbeitgeberanteil an den Sozialbeiträgen soll eingefroren und gesenkt

werden. Auf dass die Profite noch mehr steigen. Um 53 Prozent schießen sie bei den "Blue Chips", den Dax-30-Konzernen allein in diesem Jahr in die Höhe.

Was wurde den Arbeitslosen im Namen der "Schaffung von Arbeitsplätzen" nicht alles an Grausamkeiten zugemutet!? Und jetzt heißt es aus neoliberalen Expertenkreisen: Neue Jobs entstehen frühestens 2005. Mitnichten. Die OECD geht für das nächste Jahr von einer Verlangsamung der Weltwirtschaft aus, was dann die letzte Konjunkturstütze, den deutschen Export einknicken ließe. Zwei Prozent Wachstum jedoch, wie im zweiten Quartal dieses Jahres, werden mühelos mit einer besseren Auslastung der Kapazitäten und steigender Produktivität bewältigt – und mit 112.000 weniger Beschäftigten, wie die Statistik vermeldet. Ein hochprozentigeres Wachstum, so es denn käme, würden die Stammbesellschaften mit unentgeltlicher Mehrarbeit bewerkstelligen, wie sie jetzt auf Druck und Erpressung von Kabinett und Kapital in den Betrieben reihenweise durchgedrückt wird. Neueinstellungen bedürfte es dazu nicht. Die neoliberale Logik produziert immer absurdere Ergebnisse.

Eine Arbeitslosenhilfe in der bisherigen Art und Höhe "können wir uns nicht mehr länger leisten", verkündete der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun. Die Frage steht anders: Wie lange können und wollen wir uns dieses neoliberale Wirtschaftssystem leisten?



Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir

Die Montagsdemos stellen die neue Systemfrage

Dass die Proteste gegen den Sozialabbau in Deutschland bewusst an die Demonstrationen von 1989 gegen den SED-Staat anknüpfen, hat die Berliner Große Koalition von SPD, Grünen und CDU/CSU aufjaulen lassen. Die getroffenen Hunde bellen. Bundeskanzler Schröder bezeichnet die Protestgruppen im verächtlich gemeinten Sinn als "Volksfront".

Wie verkommen muss ein SPD-Politiker sein, wenn er "Volksfront" als Schmähvokabel einsetzen will. Volksfront – das war das Bündnis von Kommunisten, Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Gruppen, die in den Dreißiger Jahren in Frankreich und Spanien sich dem aufkommenden Faschismus entgegen stellten. Heute geht es nicht um die Abwehr einer faschistischen Gefahr – aber sehr wohl um eine, um die entscheidende Systemfrage. So wie 1989 in der DDR die Frage der persönlichen Freiheit anstand, so geht es heute in Deutschland um die Kernfrage der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit. In Deutschland Ost wie in Deutschland West werden die Armen immer mehr und immer ärmer, während die Reichen immer reicher werden. Dies ist kein Naturgesetz und kein ökonomischer Sachzwang – dies ist Folge einer Politik nach dem Prinzip, dass Profite wichtiger sind als menschliche Schicksale.

Um dies zu ändern, braucht es in der Tat eine Volksfront, einen politischen Block aller Betroffenen, die sich aktiv weigern, von der Politik in die Armut abgeschoben zu werden. Und betroffen ist die große Mehrheit der Bevölkerung. Prognosen der Wirtschaftsinstitute, die für einen noch rigoroseren Neoliberalismus trommeln, gehen davon aus, dass in der deutschen Wirtschaft in Zukunft

nicht einmal die Hälfte der Erwerbsfähigen gebraucht werden. Das global operierende Kapital braucht immer weniger Beschäftigte in "Hochlohnländern". Die Devise lautet: Entweder ihr begeben Euch auf das Sozialniveau von Kalkutta oder Shanghai, oder wir verlagern die Arbeitsplätze dorthin.

Wir wollen, dass die Sozialstandards überall auf der Welt den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wenn wir zulassen, dass wir in die Armut gestoßen werden, hilft dies keineswegs den armen Ländern der Dritten Welt. Denn diese müssen sich dann in dem Irrsinnswettbewerb der billigsten nationalen Standorte noch weiter nach unten orientieren. Es hilft nur dem globalen Kapital, das aus dem leistungsstarken und hoch wettbewerbsfähigen Deutschland noch mehr Profite herausholen kann.

In Zeitungsanzeigen "Betrifft: Hartz IV" behauptet die Bundesregierung nun: "Menschen schneller in Arbeit zu bringen, ist unser oberstes Ziel. Schon die bisherigen Hartz-Gesetze (Hartz I bis III) haben neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, darunter Minijobs, Ich-AGs und neue Formen von Zeitarbeit." Das Gegenteil ist die Wahrheit. Seit dem Start der Hartz-Gesetze im August 2002 ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen und die der offenen Stellen ist gesunken. Mit Hartz IV sollen die zur Arbeitslosigkeit Verurteilten nun finanziell und politisch "entsorgt" werden.

**Hartz IV, das ist Armut per Gesetz.
Weg damit!**



isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen "mainstream" Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Unsere Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die "Bedürfnisse" von Gewerkschaften und sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Unser Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten.



Der isw-grafikdienst "Wegweiser durch den Reformdschungel" markiert eine rote Linie durch die verabschiedeten "Reformen" auf dem Gebiet Steuern, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Renten. Er ordnet sie ein in den neoliberalen Generalangriff auf den Sozialstaat. Die wichtigsten Reformbestandteile werden kurz dargestellt, ihre Auswirkungen prägnant und mit Grafiken erläutert. Zudem wird auf die vorgesehenen "Systemwechsel" in den einzelnen Bereichen eingegangen. Ein eigenes Kapitel befasst sich mit der Finanzierbarkeit des Sozialsystems.

4,50 Euro zzgl. Versand



Der Umbau des Sozialstaats entpuppt sich als eine gewaltige Umverteilung von Unten nach Oben. Wer sich zu neoliberalen Bedingungen als nicht "beschäftigungsfähig" erweist, hat die Schuld bei sich selbst zu suchen und von der Gesellschaft nichts mehr zu erwarten. Das Programm ist sozial pervers und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv ... Dagegen stellt der Autor als entscheidende Alternativen: das Arbeitszeitvolumen durch Arbeitszeitverkürzung auf alle verteilen; die Entfaltung der Binnen- nachfrage (Masseneinkommen und öffentliche Investitionen).

3,00 EUR zzgl. Versand



Der EU-"Frühjahrs Gipfel" 2004 machte Druck: Die EU liefe Gefahr, ihr "ehriges Ziel zu verfehlen", die EU zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissens-basierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen" – Eine beschleunigte Umsetzung der "Lissabon-Agenda" und deren "strengere Überwachung" durch die EU soll Abhilfe schaffen. Was verbirgt sich dahinter? Es droht eine neue Welle eines umfassenden neoliberalen Angriffs zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, zur Aushöhlung von Tarifverträgen, zur Ausweitung des Niedriglohnssektors und zur weiteren Zerstörung der Sozialsysteme.

3,00 Euro zzgl. Versand

Vorankündigung

Mitte September 2004 erscheint **isw-report 59: Globalisierung & Wirtschaftskrise – Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau**. Er dokumentiert die Redebeiträge des gleichnamigen 12. isw-forums:
Conrad Schuhler (isw):
Neue Aspekte der globalen Wirtschaftskrise
Michael Wendl (ver.di):
Wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Modell
Wolfgang Müller (IG Metall):
Der Kampf um Reformen und die Transformation des Kapitalismus
Leo Mayer (isw):
Zur Bildung eines politischen Blocks gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus
Podiumsdiskussion: Wende wohin – und wer soll sie durchsetzen)

3,00 Euro zzgl. Versand

Bestellungen

an: isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089/130041, fax: 089/1689415, mail: isw_muenchen-@t-online.de – Wir schicken Ihnen auch gerne unser Gesamtprogramm zu.

Die Weiterverbreitung dieses Infomaterials ist sehr erwünscht!
Druckvorlage zum downloaden: www.isw-muenchen.de

Außerdem auf unserer internet-Seite: alle lieferbaren isw-publikationen mit Inhaltsangaben, Berichte und Kommentare zu aktuellen Themen, isw-Konjunkturberichte ...

Über Veröffentlichungen auf unser website, über neue isw-publikationen, isw-Veranstaltungen und die vierteljährlich erscheinenden Konjunkturberichte informieren wir im Rahmen eines **newsletters**. Mail an isw-news@t-online.de mit dem Betreff: "in newsletter-verteiler aufnehmen".